

Lokalpolitik verdient mehr Platz in der Schule

Was man in einem Thurgauer Dorf zwischen Turnhalle und Volg-Filiale über Politik lernen kann – und was nicht.

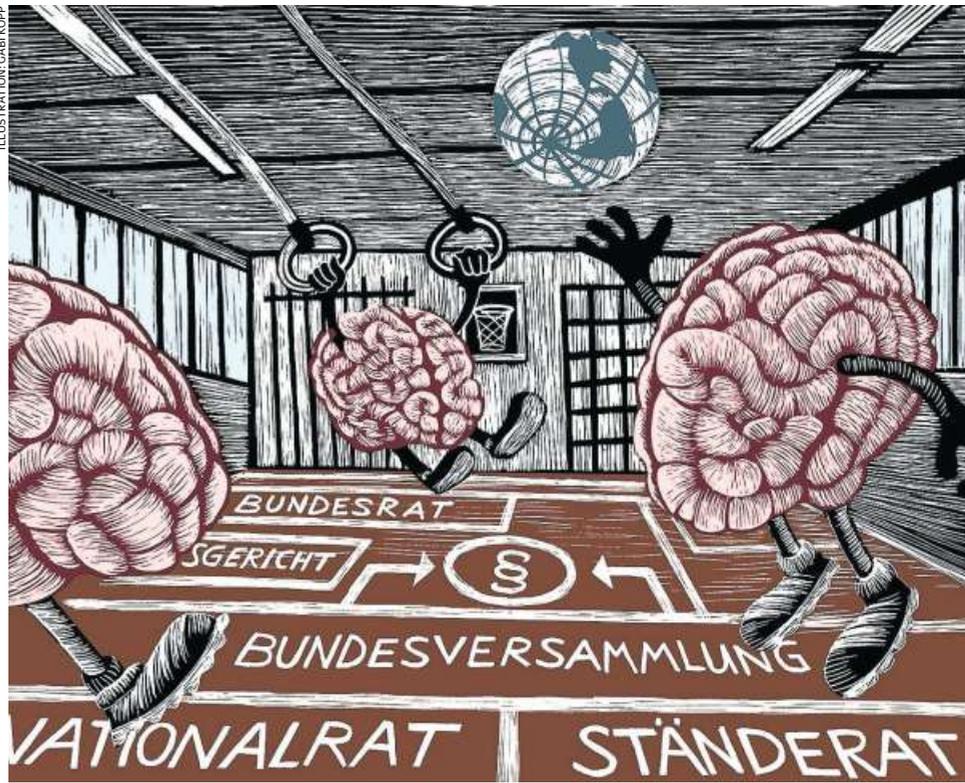


ILLUSTRATION: GABI KOPP



Claudia Franziska Brühwiler

Der Turnunterricht in meiner Thurgauer Primarschule begann manchmal sonderbar. Wir fanden frühmorgens unsere Halle nicht leer, sondern dicht bestuhlt vor. Das Aufwärmprogramm bestand dann im Zusammenklappen und Wegräumen der Holzstühle, die da aufgereiht standen. Um das Rednerpult vor der Sprossenwand kümmerte sich unser Lehrer, der jeweils nur ein entnervtes «Gemeindeversammlung» grummelte. Und damit hatte es sich auch schon mit der Aufklärung zur Lokalpolitik und zur Demokratie auf Gemeindeebene. Erwachsene verbringen den Abend auf unbequemen Sitzen in einer zugigen Turnhalle, und ihre Kinder räumen danach alles auf. Das liess sich zu einem Bild für das Verhältnis der Generationen stilisieren, doch letztlich zeigt es vor allem eins: dass die politische Bildung hierzulande wenig Aufmerksamkeit erhält – gerade im Kleinen, gerade bei den Kleinen.

Wenn wir heute Sonntagabend über die nationalen und kantonalen Abstimmungsergebnisse diskutieren, wird auch die Stimmbeteiligung Erwähnung finden. Vermutlich wird sie wie meist um die 45 Prozent liegen; vermutlich werden die zuverlässigen Wählerinnen und Wähler – meist gut gebildete Personen mittleren Einkommens und gesetzten Alters – den Gang an die Urne oder den

rechtzeitigen Gang an den Briefkasten geschafft haben. Aber eigentlich, so das vorhersehbare Lamento, müssten ja andere über die Zukunft der Altersvorsorge abstimmen. Zwar wird der Generation Z nachgesagt, sie sei «aktivistisch», dies scheint aber nur auf jene Bildungsschichten zuzutreffen, die in jeder Generation politisch aktiver sind als der Rest.

Politische Teilhabe ist ein Recht – aber es ist ein Recht, das mit Pflichten einhergeht, die mitunter mühsam und zeitintensiv sind. Am meisten Zeit kostet die Informationsbeschaffung: Wer abstimmen oder wählen will, muss wissen, was Sache ist. Gerade in einer halbdirekten Demokratie kommt der politischen Bildung eine Schlüsselrolle zu – zumindest müsste sie das. In der Schweiz wird Staatskunde oft mit dem Geschichtsunterricht zusammengefasst, der mit dem Lehrplan 21 an Lektionen eingebüsst hat. Je nach dem, welchen Bildungsweg Schülerinnen und Schüler nach der Sekundarstufe I einschlagen, entfällt der Staatskundeunterricht gar ganz. Entsprechend wenig bleibt in den Köpfen hängen – soweit man das überhaupt weiss. Die Schweiz nahm zuletzt 2009 und 1999 an internationalen Studien zu politischen Kompetenzen teil, mit mässigem Resultat. Während in Deutschland zahlreiche Universitäten Lehrstühle zur politischen Bildung eingerichtet haben, ist dieser Forschungszweig in der Schweiz stärker in der Geschichte und der Erziehungs- denn der Politikwissenschaft verankert. Immerhin ist mit dem Zentrum für Demokratie Aarau und dem Luzerner Zentrum für Menschenrechtsbildung die Forschung dort, wo sie am meisten die Praxis beeinflussen kann, nämlich an pädagogischen Hochschulen.

Die Politik im Kleinen (also auf Gemeindeebene) und für die Kleinen bleibt oft aussen



In der Schweiz wird Staatskunde oft mit dem Geschichtsunterricht zusammengefasst, der mit dem Lehrplan 21 an Lektionen eingebüsst hat.

vor. Auch viele ausserschulische Angebote fokussieren auf Jugendliche ab Sekundarstufe und beleuchten vornehmlich nationalpolitische oder internationale Fragen. Dabei täte es not, Kinder und Jugendliche nicht nur für die grosse Politik zu interessieren, sondern auch für Gemeinde- beziehungsweise Stadtpolitik. Hier liesse sich leicht aufzeigen, wie sich Bürger einbringen können und wie politische Entscheidungen den Alltag aller beeinflussen, von der neuen Trafostation bis zur Einführung von Tagesschulstrukturen.

Eine Investition in die politische Bildung der Jüngsten ist auch eine Investition in die Zukunft. Gerade kleine Gemeinden beklagen seit Jahrzehnten ein rückläufiges Interesse an Mitarbeit in der Milizpolitik, Ämter werden immer wieder nicht in kompetitiven Wahlen, sondern per Inserat besetzt. Mehr politische Bildung ist zwar nicht zwingend gleichbedeutend mit mehr Kandidierenden, aber doch hoffentlich mit weniger Gleichgültigkeit und mehr Teilhabe.

Was sich in unserer Turnhalle jeweils bei den Gemeindeversammlungen abgespielt hatte, verstand ich erst, als ich als Gymnasiastin für die Lokalzeitung Kandidierende für den Gemeinderat interviewen durfte. Vor der Volg-Filiale teilten sich alle, von der SP bis zur SVP, einen Informationsstand und gaben in ihrer Eintracht ein ganz anderes Bild ab, als dies die Medien aus nationalen Debatten wiedergaben. Auch diese Lektion können wir nicht früh genug lernen: Egal, wie uneinig man sich in politischen Fragen auch sein mag, gegenseitiger Respekt ist eine Grundvoraussetzung des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Claudia Franziska Brühwiler lehrt an der Universität St. Gallen Amerika-Studien.